Pressemitteilung

Gemeinsamer Wahlaufruf von GEW, LandesSchülerRat und Landeselternrat

Dresden, 14. August 2024. Unter dem Motto „Demokratie braucht Bildung – Bildung braucht Demokratie“ haben die Bildungsgewerkschaft GEW Sachsen, der LandesSchülerRat sowie der Landeselternrat heute in Dresden ihren gemeinsamen Wahlaufruf zur Landtagswahl vorgestellt. Sie erwarten von der Landespolitik insbesondere eine Stärkung der Demokratiebildung sowie mehr Unterstützung für Schüler*innen, Lehrkräften und Eltern bei der Prävention und im Umgang mit extremistischen Vorfällen.

Burkhard Naumann, Vorsitzender der GEW Sachsen: »Der gemeinsame Wahlaufruf der Interessenvertretungen von Schülern, Eltern und Lehrkräften ist ein deutliches Signal für Demokratie und Bildung. Angesichts von sozialer Spaltung und dem Erstarken radikaler Kräfte brauchen wir das gemeinsame Eintreten für Freiheit und Demokratie an Schulen mehr denn je. Die Bildungsgewerkschaft GEW Sachsen, der LandesSchülerRat Sachsen und der LandesElternRat Sachsen rufen dazu auf, am 1. September zur Landtagswahl in Sachsen zu gehen und mit der eigenen Stimme für gute Bildung, Vielfalt und Demokratie einzutreten. Lehrkräfte sind nicht neutral, sondern stehen für die Werte unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Sie müssen unterstützt werden, Extremismus, Antisemitismus, Rassismus, Gewaltverherrlichung und menschenverachtenden Äußerungen entschieden entgegenzutreten. Ziel ist es, an Schulen ein Umfeld zu schaffen, in dem alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Lebenswelt oder ihrem Glauben respektiert und wertgeschätzt werden.«

Amy Kirchhoff, Vorsitzende des LandesSchülerRats: »Schulen können und sollten keine unpolitischen Orte sein. Die Schüler*innen müssen auf der Grundlage der freiheitlich-demokratischen Grundordnung demokratische Werte erlernen und an die politische Willensbildung herangeführt werden. Dabei müssen auch gesellschaftliche Werte wie Weltoffenheit und Vielfalt vermittelt und ein Bezug zur Vergangenheit hergestellt werden, damit die Schüler*innen sich eine fundierte Meinung bilden können. Dafür muss die politische Bildung in den Schulen gestärkt und zum Querschnittsthema ausgebaut werden. Schulen dürfen keine Orte sein, in denen bei extremistischen und gewalttätigen Vorfällen weggeschaut wird. Es braucht in den Schulen eine konsequente juristische Verfolgung.«

Jan Zippel, Vorsitzender des Landeselternrats: »Damit sich Demokratie als Praxis in einer Gesellschaft entfalten und entwickeln kann, muss es Strukturen, Räume und Möglichkeiten geben, in denen die Erfahrung der Selbstwirksamkeit beim Mitgestalten und Verbessern der Gemeinschaft gemacht werden kann. Mitwirkungsgruppen an Schulen sind ein ganz wesentliches Element hierbei. Das gemeinsame Aushandeln guter Lösungen im Diskurs macht Demokratie erlebbar und stärkt das Vertrauen in die Kräfte vor Ort. Wir müssen die Mitwirkungsgruppen an

unseren Schulen von Eltern, Schüler*innen aber auch der Beschäftigten stärken und ausbauen, um niederschwellige und inklusive Angebote für alle Beteiligten zu machen. Eng damit verbunden sind ergänzende Projekte zur Demokratieerziehung von großer Wichtigkeit. Das Erleben von Geschichte, von vielfältigen Lebenswelten und anderen Perspektiven prägt die eigene Persönlichkeitsentwicklung. Hierbei sind Schulen auf außerschulische Lernorte, externe Partner*innen zur Prävention und Unterstützung in Krisenfällen angewiesen. Die Aufgabe des Freistaates muss es sein, genau hier eine langfristige Finanzierung, gute Arbeitsbedingungen und Planbarkeiten sicherzustellen, damit Schulen Partnerschaften aufbauen und tragfähige Konzepte entwickeln können.«